

Pressemitteilung

DKG zu Überbürokratisierung

Klinik-Verband legt Vorschläge zur Entbürokratisierung vor

Berlin, 11. Dezember 2025 – Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hat erneut umfangreiche Positionen zur Bekämpfung der ausufernden Bürokratie im Klinik-Sektor vorgelegt. Die DKG fordert unter anderem, Nachweispflichten auf das Wesentliche zu reduzieren und zu vereinfachen. Die Bürokratiefolgenabschätzung ist zu stärken, und Fristen sind so zu gestalten, dass die Krankenhäuser neue Anforderungen rechtzeitig umsetzen können. Digitalisierung muss unter der Maßgabe vorangetrieben werden, dass sie die Beschäftigten tatsächlich entlastet statt sie mit neuen Hürden zu konfrontieren. In 55 Punkten zeigt der Verband zudem detailliert Einzelprobleme und ihre Lösungsmöglichkeiten auf. Sie reichen von redundanten Übermittlungspflichten beim Personal über komplizierte Anerkennungsprozesse bei ausländischen Fachkräften bis hin zu komplexen Nachweispflichten bei der Übergangspflege. Das aktualisierte Positionspapier folgt auf die Neubildung der Koalition und die weiterhin intensiv geführte politische Debatte um Entbürokratisierung.

„Rund drei Stunden müssen Ärztinnen und Ärzte genauso wie Pflegekräfte jeden Tag mit Bürokratie verbringen. Die Schreiarbeit geht weit über die notwendige medizinische und pflegerische Dokumentation hinaus. Wenn wir von Überbürokratisierung sprechen, meinen wir keine sinnvolle und unverzichtbare Schreiarbeit, sondern Mehrfachdokumentationen, sich ständig wiederholende Antragspflichten oder überkomplizierte langwierige Verfahren. Wir beklagen einerseits den Fachkräftemangel, andererseits binden wir unsere hochqualifizierten Beschäftigten stundenlang an den Schreibtisch, so dass sie ihrer eigentlichen Arbeit im Behandlungsteam, im Operationssaal oder am Krankenbett nicht nachgehen können“, erklärt die stellvertretende Vorstandsvorsitzende der DKG Prof. Dr. Henriette Neumeyer.

Eine Blitzumfrage des Deutschen Krankenhausinstituts unter bundesweit 400 Krankenhäusern bestätigt diesen Eindruck: Demnach ist der tägliche Dokumentationsaufwand in den vergangenen zwölf Monaten sogar noch einmal gestiegen. Rechnerisch sind aktuell etwa 35 Prozent der Mitarbeitenden im Pflegedienst und rund 38 Prozent der Ärztinnen und Ärzte ausschließlich mit

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schlonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SACHBEARBEITUNG
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025

ASSISTENZBÜRO
Martin **Ruhland**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

[Website](#)
[LinkedIn](#)
[Facebook](#)
[TikTok](#)
[Instagram](#)
[Youtube](#)

Dokumentationstätigkeiten befasst. 34 Prozent der Krankenhäuser mussten deshalb sogar zusätzliches Ärzte- bzw. Pflegepersonal einstellen. Als besonders zeitaufwändig beurteilen die Krankenhäuser die Bearbeitung von Anfragen des Medizinischen Dienstes (MD) bzw. Dokumentation, die den Anforderungen und Prüfkriterien des MD genügt. Ähnliches gilt für die Nachweise und Checklisten zur internen und externen Qualitätssicherung. Doch auch die Dokumentationsaufwände für verschiedene Personalbemessungsinstrumente werden zunehmend kritisch gesehen.

„Schon eine Stunde weniger Bürokratie pro Vollkraft und Tag würde rechnerisch die Arbeitszeit von rund 22.100 Vollkräften im ärztlichen und 48.900 Vollkräften im pflegerischen Bereich freisetzen. Dieses Potential muss angesichts der aktuellen Herausforderungen infolge des demografischen Wandels und knapper Finanzmittel dringend in der Versorgung eingesetzt werden. Die DKG hat der Politik mit ihren Positionen konkrete Vorschläge an die Hand gegeben, wie sich die wachsende Bürokratielast konsequent abbauen lässt, ohne dass die Versorgungsqualität darunter leidet. Die Ministerin betont immer wieder, wie wichtig weniger Bürokratie im Gesundheitswesen sei. Erste kleine Schritte sind getan, zum Beispiel mit dem Gesetz für beschleunigte Anerkennungsverfahren in Heilberufen. Was fehlt, ist Entbürokratisierung im großen Stil. Das ist eine herausragende Aufgabe der Gesundheitspolitik in dieser Legislaturperiode, die nicht länger aufgeschoben werden darf“, erklärt DKG-Vize Neumeyer.

Bereits 2024 hatte die DKG der Bundesregierung und insbesondere dem damaligen Gesundheitsminister Karl Lauterbach konkrete Vorschläge zur Entbürokratisierung unterbreitet, die im BMG allerdings kein Gehör fanden. Mehrfach versprach der Ex-Minister ein Entbürokratisierungsgesetz, hat es aber bis zum Ende seiner Amtszeit nie vorgelegt, sondern mit der Krankenhausreform die Bürokratielast sogar noch vergrößert.

Das Positionspapier und die Ergebnisse der Blitzumfrage finden Sie im Anhang dieser Pressemitteilung und auf der Website der DKG unter www.dkgev.de.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.874 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten und rund 23 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (2023). Bei 141 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.